



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924**

48 (29.1.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213653](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213653)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugspresse: In Mannheim mit Umgebung vom 24. bis 28. Januar 1924: 20 Goldpf. Die monatl. Bezüge verpflichten zu best. Kündigung der wöchentlichen Verträge...  
Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per eine wöchentliche Kolumne für 10 Goldpfennig...  
Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per eine wöchentliche Kolumne für 10 Goldpfennig...  
Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per eine wöchentliche Kolumne für 10 Goldpfennig...  
Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per eine wöchentliche Kolumne für 10 Goldpfennig...

### Um die deutsche Goldnotenbank

Der „New York Herald“ will über das Ergebnis der Sachverständigenberatung über die kommende deutsche Goldnotenbank unterrichtet sein, die nach dem Blatt in der östlichen Sitzung in Paris so gut abzuschließen sein sollen. Der Plan des Sachverständigenausschusses lehrt eine Bank vor, die eine neue Währung auf der Grundlage der deutschen Goldreserven und Devisen ausgeben würde. Sie würde von den deutschen Staatsbehörden leitet und von ausländischen Reichern aufzubringen sein. Die Goldnotenbank würde außerdem offiziell deutsche Notenbank zu sein.

- 1. eine neue deutsche Währung und
- 2. einen auskömmlichen Haushalt anstreben.

### Eine rein kaufmännische Angelegenheit

Der „N. Z.“ wird aus Paris gemeldet, der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach seiner Rückkehr aus Paris. Auf die Frage, ob Dr. Schacht von seinem Aufenthalt in Paris und von seinen Unterredungen über die Goldnotenbank befriedigt sei, antwortete Dr. Schacht: Die Goldnotenbank ist eine rein kaufmännische Angelegenheit und ich verfolge nichts, außer daß die Politik sich nicht in die Gründung dieser Bank einmischen soll. Wenn man mich arbeiten läßt, so wie ich es beabsichtige, dann kann die neue Bank bald gegründet sein. Wenn hingegen die Politik sich in eine rein kaufmännische Angelegenheit einmischt, dann wird das neue Finanzinstitut niemals als das Finanzinstitut entstehen, das man sich wünscht.

### Die rheinisch-westfälische Goldnotenbank

Wie wir hören, ist ein briefliches Erlauchen der Regierung an Paris gegen n. mit Rücksicht auf den veränderten Stand der Dinge von weiteren Bemühungen um die Gründung der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank Abstand zu nehmen, nicht ertragen. Sollte Paris hören, was ja durchaus denkbar wäre, eine solche Unterredung aus dem Kreise der Regierung erhalten haben, so würde es sich schließlich um den privaten Schritt eines einzelnen Kabinettsmitgliedes handeln können. Dr. Marx kommt, wie wir versichern können, dabei nicht in Frage. Die Auffassung der Reichsregierung geht nach wie vor dahin, daß für den Fall eines Zustandekommens der Zentralgoldnotenbank die Gründung einer besonderen rheinisch-westfälischen Bank sich erübrigen würde.

### Die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse in Berlin

Wie der Pariser Korrespondent der „Frankf. Rzt.“ berichtet, werden die beiden Sachverständigenausschüsse auf ihrer Reise nach Berlin von mehreren englischen und französischen Botschaftern begleitet, die das von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte Material auf keine Rücksicht nachprüfen sollen. Dem zweiten Komitee wird ferner die Pflicht zugesprochen, bei der deutschen Regierung die Genehmigung zur Nachprüfung der Bilanz eines einwohnerreichen Großbankens nachzusehen, einmal um gewisse Unterlagen für die Beurteilung der Frage der deutschen Kreditfähigkeit im Ausland zu verschaffen, dann aber auch, um festzustellen, inwieweit die von den Banken durch die Wertminderung erlittenen Gewinne in den Dienst des Samierwertes gestellt werden können. (Eine Bestätigung dieser Informationen steht jedoch noch aus.)

### Die Zusammenkunft Poincarés mit Jaspars

Der gut unterrichtete Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Brüssel bestätigt heute, daß die am Montag zwischen dem französischen und belgischen Außenminister erfolgte Zusammenkunft den Zweck gehabt habe, die Lage zu besprechen, die durch die Bildung des Kabinetts MacDonald geschaffen worden ist. Sowohl Poincaré als auch MacDonald seien, wie durch Mac Kennan, immer durch Washington über die Absichten des neuen englischen Kabinetts unterrichtet gewesen. Es scheint, daß es unbedingt nötig sei, auch nur die geringste Spannung mit England zu vermeiden. Man könne jedoch befürchten, daß die Arbeiter, durch Lloyd George aufgepeitscht, sich zu bedauerlichen Schritten hinreißen ließen. Aber man glaube, daß MacDonald die Absicht habe, die Wünsche der belgischen Sachverständigenausschüsse auszuwachen, deren Schluß Ende Februar zu erwarten seien, und man könne schon damit rechnen, daß dank den Anstrengungen des belgischen Hauptdelegierten die Früchte der belgischen technischen Studien dabei berücksichtigt werden würden. Bis dahin werde es sich darum handeln, daß man auf belgischer und auf französischer Seite auch den geringsten Fehler vermeide. Poincaré und Jaspars hätten sehr an dem, daß sie die Schwierigkeiten beseitigen, die sich durch die Zwischenfälle in Köln (Eisenbahnfrage) und in der pfälzischen Separatistenfrage ergeben hätten.

### Neuorientierung Poincarés in der Ruhrfrage

Das Blatt schreibt, heute erlaube die Idee einer Freigabe der Ruhr gegen die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland zur Besetzung der französischen und belgischen Reparationsforderungen möglich. Einer solchen Lösung werde auch die englische Regierung zustimmen, so daß ein Bruch zwischen England und Frankreich vermieden werden könnte.

### Die innerpolitische Lage in Frankreich

Beurteilt man in Berliner politischen Kreisen dahin, daß durch die Option Poincarés für den nationalen Block für den Augenblick die parlamentarische Stellung des französischen Ministerpräsidenten gesichert ist. Die Wahlen oder werden aufgrund dieser Option vor sich gehen und voraussichtlich zu scharfen Kämpfen führen, deren Ausgang im höchsten Grade zweifelhaft ist.

### Botschafterkonferenz und Pfalzfrage

Was berichtet offiziell: In diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß von einem Scheitlerpruch in der pfälzischen Frage nicht die Rede sein könne. Es bestehe keineswegs ein Gegensatz zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt, was die Anerkennung der separatistischen Bewegung angeht. In Paris wie in London sei man der Ansicht, daß die Rheinlandschaft über diese Anerkennung nicht zu entscheiden habe. Es handle sich in Wirklichkeit darum, ob die Rheinlandschaftsmission die separatistischen Bewegungen bestimme ohne ihre Kompetenzen zu überschreiten. Die französische Regierung habe gefunden, daß zweckmäßigerweise in diesem Punkte die Botschafterkonferenz zu Rate gezogen werde, um zu bestimmen, wie weit die Kompetenzen der Rheinlandschaftsmission hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit der Truppen um gehen. Die französische Regierung habe dementsprechend der Londoner Regierung vorgeschlagen, daß die Frage der Botschafter der Rheinlandschaftsmission in geeigneter Weise Einverständnis der Botschafterkonferenz unterbreitet werde, die die Kommission ermächtigen könne, für eigene Rechnung diejenigen von den pfälzischen Behörden, die die öffentliche Ordnung und die Sicherheit betreffen, sowie die die Arbeitslosenfrage betreffen, zu veröffentlichen. Die Botschafterkonferenz habe sich auch mit der von Geheimorganisations der Pfalz, wie der der Treuhänder geschlossenen Erregung zu befassen und Abhilfemaßnahmen in Erwägung zu ziehen.

### Uebergriffe französischer Bezirksdelegierten

Der Besuch des englischen Generalkonsuls Cildes in der Pfalz zieht bereits die befürchteten Folgen nach sich. Wie uns aus der Pfalz berichtet wird, sind mehrere Bürgermeister, die ihre Konsultationsprüfung zurückgezogen und von diesem Entschluß in Koblenz Mitteilung gemacht haben, durch Vertreter der jeweiligen französischen Bezirksdelegierten unter schärfsten Drohungen erzwungen worden, diesen Widerruf zurückzugeben.

### Der rheinische Separatismus im Erzählen

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Separatismus im belagerten Gebiet im Erzählen derartigen ist. In dem im Umkreise Darmstadt anstehenden Dorf Arheilchen, das ganz besonders unter dem Separatismus zu leiden hatte, haben die Separatisten am Freitagabend und Samstag das Rathaus geräumt, offenbar auf höheren Befehl.

### Die Micumverträge

Das französische System, sich durch den Abschluß von sogenannten Micumverträgen möglichst viel Sachlieferungen aus dem belagerten Gebiet herauszuholen, ist gerade in letzter Zeit weiter ausgebaut worden. An Berliner Regierungsstellen liegen wieder aus der großen Zahl der auf diese Weise zurückgekauften Abmachungen 10 Texte vor. Augenblicklich verhandeln die Franzosen, wie wir hören, noch mit einer ganzen Reihe von Industriezweigen. Die Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen und Wochen voraussichtlich zum Abschluß kommen, da die Franzosen, falls ihre Drohmittel nicht abgeben, zu Repressalien schärferer Art zur Herbeiführung der Ausfuhrabgabe, Abschneidung der Rohlenzufuhr und sogar Beschlagnahme des ganzen Betriebs übergehen. Die Reichsregierung sieht sich leider der Entwidlung dieser Dinge mit gebundenen Händen gegenüber. Sie nimmt nach wie vor den Standpunkt ein, daß dies Verfahren bis ganz in der Richtung der französischen Forderungen liegt, jeder rechtlichen Grundlage aus dem Vorkriegsvertrag entbehrt.

Auf der anderen Seite hat die Regierung natürlich ein Interesse daran, daß, soweit aus der deutschen Wirtschaft Lieferungen herausgeholt werden, diese nicht unter den Tisch fallen. Sondern dem Reparationskonto gutgeschrieben werden. Sehr bedenklich ist die neuerdings in großem Umfang angebotene Schaffung der sogenannten Ausgleichskassen, in die diejenigen Industrien Einzahlungen leisten müssen, aus deren Produkte die französische Regierung keinen Wert legt. Das könnte schließlich darauf hinauslaufen, daß anstelle der Sachlieferungen Barzahlungen treten. Doch die Industrie im belagerten Gebiet auf die Micumverträge nicht in der Lage sein werden, die ihnen durch die Micumverträge auferlegten Lasten zu tragen, ist schon mehrfach betont worden. Bei den Kohlenzweigen macht, wie wir hören, diese Belastung nicht weniger als 40 Prozent der Gesamterzeugung aus.

### Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei

Das folgende Rundgedrucke beschlossen: „Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erhebt den schärfsten Widerspruch dagegen, daß Privatpersonen sich herausnehmen, in Unterhandlungen mit den Franzosen und Belgiern über die Loslösung der Rheinlande von Preußen und die Bildung eines Rheinlandes einzutreten. Die Rheinlande sind mit Preußen unlosbar verbunden, und die Loslösung der Rheinlande von Preußen bedeutet nach unserer festen Überzeugung die Zerrückung Deutschlands. Jeder, der auch nur mit dem Gedanken eines Rheinlandes spielt, vertritt, wie die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hiermit erklärt, nicht mehr in die Reihen der Deutschen Volkspartei.“

### Drohungen aus Bayern

Nach einer Münchener Drohung der „Kölnischen Rzt.“ hätte der Vorsitzende des Bundes „Blücher“, Dr. Schäfer, in einer Versammlung mitgeteilt, daß in nächster Zeit, und zwar noch vor dem Hiltersprock ein Aufstand stattfinden werde, ähnlich dem vom 8. November. Dann würde aber mit rücksichtsloser Gewalt vorzugehen, alle Brände abzuschneiden, alle Verkehrsmittel beseitigen und die Städte abgebrannt werden. Zu diesen Drohungen erklärten die ausländischen Stellen, daß die Regierung sie durchaus ernst nehme und alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Aufrechterhaltung für Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Inzwischen hat sich über den kommenden Hiltersprock der Oberstaatsanwalt Hall zu Vertretern Münchener Zeitungen ausgesprochen: Der Generalkonsulminister v. Rabe werde nicht anerkennen, sondern keine sein und es sei Sache des Gerichts zu entscheiden, ob dieser oder jener Feind verdient werden solle oder nicht. Von der Staatsanwaltschaft seien an 70 Personen des Bundes noch nicht wiederhergestellt sein sollte, würde keine Sache abgehandelt und für sich durchzuführen werden. Für die Durchführung des Bundes seien nach der Annahme der Staatsanwaltschaft alle notwendigen Sicherheiten getroffen.

### Der Schrei nach der Passierschwernis

Von Richard Bahr

Von der Schweiz her, von wo die ersten Alarmzeichen kamen, ist nun auch der Sturm abgeblasen worden. Die Hoteliers von St. Moritz, gestützt auf anscheinend glaubhafte Statistiken, haben uns versichert: es sei nicht halb so schlimm mit den reisenden Gästen in Engadin. Die letzten überwiegend in bescheidenen Gaststätten und hätten höchstens in der Neujahrsnacht den Bedarf geschwungen, auch dann noch nicht einmal „wie sonst“. Vielleicht leben die Engadiner Hoteliers, die schließlich ja auch Menschen sind und für ihr Geschäft fürchten mögen, die Dinge ein wenig zu rosig an. Kann sein, daß, wie immer im Leben, die Wahrheit auch hier in der Mitte liegt. Selbst dann werden wir alle miteinander, Regierung wie Regierte, Anlauf haben, uns der letzten Kerentisse zu schämen, die uns vor 14, bis 2 Wochen überschüttet hat. Ein Minister, der sich hörbar Kritik entzweit, eine Kabinettskrise, die ernst und soheilig auf neue Sperr- und Strafmaßnahmen führt, und schließlich die ganze Presse ein mörderischer Schrei, der nach dem Mittel ruft und dem Knüttel. Warum? weshalb? wieso?

Wer in den vergangenen Tagen, da die Welt noch nicht abgeklappt mit Brechern vernebelt war, und man nicht bei jedem Grenzübertritt im augigen Verschlag nach Denken abgefragt wurde, sich in der Fremde umgesehen hat, weiß, daß unsere geliebten Bundesgenossen gerade zu den sympathischsten Erscheinungen im internationalen Reiseverkehr zählen. Gern hat es unter ihnen zu allen Zeiten keine und kultivierte Menschen gegeben. Die Schöneimänner der Erkenntnisbildung, die und unerschütterlich ihre Straße zogen. Aber die anderen, die vielleicht nicht einmal die Wahrheit waren, hatten das Gefühl (oder auch das Unglück) sich zu verpöppeln. Im allgemeinen (und nach etwas anderen Gesichtspunkten) konnte man die deutschen Auslandsreisenden in zwei Kategorien teilen. Die einen, die mit ihrem Bäckchen oder Wägen, der manchmal auch nur ein Briefchen war, von Fern zu Tal wandern und von Tal zu Berg nicht ruhen und rasteten, bis sie alle Selbstverleumdungen, die nicht immer die eigentliche Selbstverleumdung waren, sich gemächlich hatten. Das waren die Vorkämpfer, Inquisitoren die Nähe des Reiseverkehrs. Keine angenehme Speise, aber auch gerade keine schmeckende. Der Wolf, der sich absurd geäußert, mochte schon nach dem Wein leben. Die anderen waren die hoffnungslosen: die lauten Leute, die über die Terrassen der nächstlich schneidenden Hütten die M-Bühnen, daß Paris doch eine schmutzige Stadt sei. Die im Opernhaus zu Stockholm die „Tempeln“ keine Kreise“ schmoren und in der hellen nordischen Sommernacht auf dem Rhein die „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmen konnten. Die von Dramen bis Lomina mit jedem Berliner Streit anfangen und bei solcher Gelegenheit zu erklären pflegten, daß den „Reis hier nur die stramme preussische Justiz“.

Es kann gar kein Zweifel sein, daß just diese Gattung uns am meisten schmerzhaft geschadet und manche von den Borurteilen hat nähren helfen, die dann im Beltrick einen ja trübseligen Boden für die Eigenpropositionen abgaben. Dennoch ist in der Kriegszeit niemand auf die Idee verfallen, solchen Auswüchsen mit Posten und Strafen auf den Leib rufen. Aus dem ganz einfachen Grunde, weil es am letzten Ende hier sich um Erziehung- und Gehirnsfragen handelt, die zu regeln Posten und Befehl immer sich als unmöglich erweisen werden. Es ist schmerzhaft, daß wir Republikaner wurden und allgemein im Freistaat leben, steht in der politischen Verfassung der Deutschen der Glaube an das ethische Wesen der Posten oben an. Wir räumen uns, dem Diktator „Freiheit“ entronnen zu sein und spüren gar nicht, wie wir drauf und dran sind, die Rute uns selber immer fester zu binden. Man sieht, daß das Uebel aus der Reformierung im Krieg erwacht. Und dann bleibt es kein eben solches Zeichen für deutschen Bürgerinn, daß wir über diesen nicht immer geliebten Geboten und Verbieten des freien und eigenen Lebens uns so ganz entmündeten. Doch überhaupt keinen mehr der G-danke kommt, an die freischaffenden Kräfte der Gesellschaft zu appellieren, an den Zwang der Sitte und der öffentlichen Meinung, an den Einfluß von Beispiel und Lehre.

Die Passbestimmungen sollen geändert, will sagen: erlassen werden. Weiß, wer dieser Unbesonnenheiten von sich gab, wie maßlos, zumal in den großen Städten, die Passbestimmung ohne hin ist? Welches Wortspiel ist schon heute bedeutet, von der Kempten zum Finanzamt zu laufen und vom Finanzamt zum Polizeipräsidenten, um schließlich zu erfahren, daß inzwischen ein neues Gebot erging und man nun einen anderen Zusammenhang einzufügen hätte? Wenig dabei gerade in die Hände der unteren Organe gegeben wurde, die bisweilen liebvoll sein können mit ausgebreiteter offener Freundschaft, mitunter aber auch, unter dem Vorzeichen, die Bedürfnisfrage prüfen zu müssen oder die etwa vorhandene Fähigkeit zum Steuerbetrug zu prüfen, die ihnen ausgeliefert schickten und mit abgerundeten lächerlichen Fragen bis aufs Blut peinigten? Freiheit, Ihr Herren, Freiheit für den Bürger im Freistaat! Wie wird ein Schutzmänn und nie der Kanzler aus einem Finanzamt beurteilen können, warum im Einzelfall eine Auslandsreise unerlässlich wurde. Weshalb zum Beispiel der Beltesorbeiter, auch bei möglichem Besitz, dem unbedingtesten Drang unternimmt, die heimlichen Grenzen hinter sich zu lassen und nach mehrjähriger Abwesenheit wieder einmal hinauszugehen in die Fremde, den Blick zu weiten und Kopf und Herz sich auszulassen. Gewiß, zu den schon von früher her bekannten Spezies deutscher Reisender ist eine neue, dem Zustand bedäufig auch nicht fremde, gekommen, die widerwärtig von allen: die neuen Reichen. Wo sie hinreden, wächst kein Gras. An knapp drei Jahren wurde Gaste aus einer stillen und vornehmen Heilstätte für gepflegte ältere Herren ein Schiebernetz, über dessen Fremden und Waldwege schmeißend und wackelnd die Zukunft Gollens sich ergiebt. Aber auch sie zu lassen, wird es kein anderes Mittel geben als den Fiskus, der Reichtum und Steuerbetrug vergleicht und im Fall des Auseinanderlassens den Heimkehrer die Rechnung präsentiert. Wenn man ein abriges tun will, mag man in Gottes Namen jedem Auslandsreisenden eine gefällige Abgabe auferlegen. Aber der Zwangsdruck ist unerträglich und ist unwürdig dazu. Der Marquis Polo, der ein Schwärmer war, forderte von Don Philipp Gedankenfreiheit. Wir, im Deutschland von heute, sind bescheidener und wohl auch näherne geworden: gebens Bewegungsfreiheit!

Eine Erklärung des Kardinals Erzbischof Dr. von Faulhaber. Der Anwalt des Kardinalerzbischofs Dr. v. Faulhaber stellt gegenüber immer wieder verdrehten unzutreffenden Behauptungen in einer öffentlichen Erklärung nachdrücklich fest, daß der Kardinal in keiner Weise auf den Verlauf des Prozesses vom 8. zum 9. Konrad, insbesondere auch nicht auf den bayerischen Generalkonsulminister eingewirkt hat. Er hat niemals Pläne erwogen oder gefördert oder mit irgendwelchen Persönlichkeiten besprochen, die sich gegen den Bestand oder die Einheit des Deutschen Reiches richten konnten. Auch die Behauptung, daß der Kardinal mit solchen Plänen in Verbindung gestanden habe und sehr, ist reine Verleumdung.

### Wirtschaftskrise und Sozialpolitik

Eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns

Im Reichshaus zu Hagen in Westfalen sprach vor einer etwa 800 Personen zählenden Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema Wirtschaftskrise und Sozialpolitik.

Er führte aus, auch durch eine allgemeine Wirtschaftskrise dürfe das Prinzip der Sozialpolitik selbst in ihren Grundzügen nicht angezweifelt werden. In der Frage der Sozialversicherung sei eine Vereinfachung der Organisation eingetreten und eine Bekämpfung der Bestanden auf das notwendige Maß erfolgt, sobald heute das Versicherungswesen als geregelt betrachtet werden könne. Weniger befriedigend dagegen sei die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge. Nachdem die teilweise Einführung der Erwerbslosenversicherung gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 13. Oktober 1923 Ersatz geschaffen. Am dem Grundgedanke der Pflichtarbeit müsse festgehalten werden. Wenn die Umstände es erlaubten, würden die Unterhaltungsarbeiten herausgehoben werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Der Minister versprach nach Kräften auf die Steigerung des Reallohns einzumwirken.

Bei einer Senkung der Preise und bei größerer Bewegungsfreiheit müsse die Wirtschaft wieder zu den früheren Grundzügen zurückkehren. Schwere Kalkulation, größere Umwälzung, kleiner Nutzen. Das sei auch das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — In der Wahlrechtsfrage habe sich das Reichsarbeitsministerium befreit gezeigt, die Selbsthilfe zu fördern. — Zur Arbeitsfrage sagte der Minister, daß die Gewerkschaften und politischen Parteien grundsätzlich der Arbeitslosigkeit auch auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung zustimmten. Die Einführung vom 21. Dezember entsprach zwar nicht dem sozialpolitischen Ideal, sei aber nur aus als Notverordnung gedacht. Das Hauptgewicht bleibe bei der Regelung der Arbeitszeit und der Tarifverträge. Zur Lohnfrage bemerkte der Minister, die Friedenslöhne könnten zwar noch nicht wieder erreicht werden, aber es sei eine Besserung zu erwarten, sobald das Wirtschaftswesen wieder in Gang komme. Das Schlichtungswesen solle Arbeitsgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zu verständnisvoller Arbeit bringen. Der Minister versprach ferner, die Notwendigkeit eines gewissen sozialen Schutzes der Arbeiter und Bäcker beizubehalten, aber auch schrittweise diese und auch die Friedenslöhne anzupassen. Zum Schluss sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der nächste Punkt in unserer wirtschaftlichen Not überwunden sei, wenn es zu einer Enttarnung der außerpolitischen Probleme komme. Im Interesse aller Völker und Völker sei ein solches Ergebnis zu suchen.

Die Darlegungen des Ministers fanden grundsätzliche volle Anerkennung. In der anschließenden Besprechung kam das starke Verunsicherungswesen der arbeitslosen Bevölkerung zu dem für naheliegenden Arbeitsminister zum Ausdruck. Der Leiter der Versammlung und Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes las das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß zu einer pessimistischen Stimmung durchaus keine Veranlassung vorliege. Er betonte, daß sozialdemokratische Angriffe und Verdächtigungen das in 30 Jahren freier Verbundenheit geklebte Vertrauen zum Reichsarbeitsminister in keiner Weise erschüttert hätten.

### Deutsches Reich

Immer noch der angebliche Anschlag auf Seckl

Über die Attentatsaffäre Thormann-Dr. Grandel berichtet eine Berliner Sozialkorrespondenz am Samstag hätte eine nochmalige Bemerkung des Justizrats Glöck hatgefunden und sich nochmals eingehend mit den Beziehungen zwischen Glöck und Grandel befaßt. Grandel hätte bei seiner ersten Vernehmung behauptet, von Justizrat Glöck 5000 Goldmark zur Ausführung des Attentats auf Seckl erhalten zu haben, sei dann aber bei der Gegenüberstellung mit Glöck völlig zusammengebrochen und hätte erklärt, daß die Summe für politische Propagandazwecke in Bayern bestimmt gewesen sei. Die „Deutsche Zeitung“ ist über diese Mitteilung, die viele Sozialkorrespondenzen verbreitet, außerordentlich erregt. Sie verleiht es handle sich um einen Mischenfall von Wahrheit und Diktum. Vor allem sei Grandel niemals Mitglied des Widerständigen Verbandes gewesen. Am „Vorwärts“ wird noch erzählt, daß neuerdings auch Graf Reventlow in der Angelegenheit von dem Untersuchungsrichter vernommen werden soll und es sei bereits für die nächsten Tage mit dem Abschluß der Verurteilung zu rechnen. Hoffentlich komme dann ein wenig Licht in die einstweilen noch recht dunkle Affäre.

Angriffe auf den Reichsparlamentarier

Ein Berliner Monatsblatt veröffentlichte einen Artikel über eine angebliche Verurteilung des Beamtenabbaus und riefte bei dieser Gelegenheit heftige Angriffe auf die Tätigkeit des Reichsparlamentarier Soemlich und des Soemlich unterstellte Soemliche. U. a. wurde behauptet, daß Herr Soemlich die Zeitung des Beamtenabbaus dieser Kommission überlassen habe. Der Kommission wurde vorgetragen, daß sie die Durchführung der Beamtenabbauperordnung nur in einer Säuberung der Verwaltung von republikanisch erkrankten Beamten demie. Außerdem brachte das Blatt die Warnung, daß der auf 25 Prozent festgesetzte Beamtenabbau auf 35 Prozent erhöht werden soll.

### Die Bantiger

Roman von Hermann Slegemann

(Nachdruck verboten)

Es war am späten Abend des dritten Tages.

Lorenz Bantiger befuhr noch einmal, zu horchen, ob sich hinter der Schuttwand nichts regte. Alles schweig. Die Wäpflaten waren abgestellt. Nur das Tropfen des Wassers von der Decke und das Zischen der Kohlenlampen störten die Stille. Aber auch diesmal blieb die Luft stumm. Kein Ohr, kein Wirtropfen trug einen Hauch aus dem Innern des abgequälten Stollens.

Lorenz ließ Kopfstein geben und befohl, die ganze Schuttwand abzutragen. Und da geschah's, daß ein Miner, der sich in der Zimmerung emporgearbeitet hatte und ganz oben zwischen hängendem Fels und herausgequollenem, längst festgeordnetem Schwammfund hockte, behauptete, er höre den dumpfen Kuffschlag in der Tiefe arbeitender Spitzhämmer.

Lorenz Bantiger stieg selbst ins Gedüll und troch zu ihm hin. Als er nichts hörte außer dem harten Fall erdbebenwecker Tropfen, mühte er ein Loch zwischen Fels und Zeit und schob sich so weit vor, daß er das Ohr an den gewachsenen Stein pressen konnte. So lag er eine Weile und lauschte.

Als er herabstieg, brannte sein blasses, abgemagertes Gesicht wie von innen erleuchtet und er trat zu dem Baumeister und sprach so laut, daß die Umstehenden jedes Wort verstanden:

„Ich hab' ihr Zeichen deutlich vernommen. Es leben, sie ruhen uns.“

Da lachte der Baumeister sehr altes befreiendes Lachen. Er konnte keinen Befehl geben, konnte nicht sprechen, aber er lachte und alles mit ausgebreiteter Hand auf den Schuttwand, und Haaren und Stämmchen brachen im Schwung neubelebter Arme in den stülpigen Grund. Alles kam in Bewegung.

Nur der alte Arzt schien unzufrieden. Er rühte seinen Sauerstoffapparat zurecht und sagte leise zu Lorenz:

„Der Baumeister zwingt's, aber wir wollen die Lebenden erst zählen, wenn wir sie hier auf den Schragen legen.“

„Sie meinen?“ forschte Lorenz gespannt und schaute, wie ihm etwas kalt über das erhitzte Gesicht fuhr.

Der Arzt nickte die Köpfe.

„Wir sind noch lange nicht bei ihnen, und Hunger, Kessel an Luft, ganz abgesehen davon, daß hoch wehr als einer ganz ver-

Demgegenüber wird von ausländischer Seite behauptet, daß ähnliche Behauptungen des betreffenden Monatsblattes unzutreffend sind. Vor allem ist unrichtig, daß der Soemlich-Entwurf die Zeitung der Abbaumaßnahmen der Reichskommission Soemlich habe. Die Kommission hat noch keine Sitzung abgehalten, ohne daß dabei Herr Soemlich den Vorsitz führte. Herr Soemlich ist nach wie vor der Vorsitzende der Reichskommission für die Wirtschaftskrise. Ebenso ist es unrichtig, daß die Soemlich-Kommission sich mit persönlichen Angelegenheiten beschäftigt habe. Die Tätigkeit dieser Kommission richtet sich lediglich nach den sachlichen Fragen der Wirtschaftskrise einer Vereinfachung der Reichsverwaltung. Der Beamtenabbau ist demnach ausschließlich in den Händen des Finanzministers, während die Soemlich-Kommission nur zu entscheiden hat, welche Stellen der Verwaltung überflüssig sind oder abgebaut werden können. Auch die Behauptung des Monatsblattes, daß der Beamtenabbau bis auf 35 Prozent erhöht werden soll, ist unrichtig.

### Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten

Die Zahl der deutschen Auswanderer in den Vereinigten Staaten ist sehr unrichtig. Zur Klärung der Frage sind neuerliche Forschungen sehr beachtenswert. Die der Sozialologe Dr. J. H. (Universität Wisconsin in Madison) in dem Monatsblatt „Lehre und Lehre“ (St. Louis) niedergelegt hat. Nach ihm der Meinung, daß mindestens ein Drittel der gesamten weißen Bevölkerung der Staaten deutscher Abstammung sind 25-30 Millionen. Dem gegenüber ist es interessant zu wissen, daß nach einwandfreien Forschungen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten nur 30 Millionen ausmachen.

Über die oben angegebene Zahl von 25-30 Millionen Deutschen in den Vereinigten Staaten wird man sich jedoch leicht täuschen lassen können, insofern der überwiegende Teil von ihnen dem deutschen Volkstum verloren gegangen ist — nicht zum mindesten deshalb, weil wir es namentlich in der Vorkriegszeit vermissen haben, daß hinter den Werten auch Deutsche wohnen. Nach Dr. J. H. wird man für die Vereinigten Staaten etwa 7 Millionen rechnen können, die das deutsche Volkstum fest bewahrt haben. Insbesondere ist dieses bodenständige Volkstum vertreten im Mittelwesten zwischen Boston, Pittsburg und Denver. Die Besiedelung ist am dichtesten in den Staaten Illinois, Michigan und Indiana.

### Die Deutschen in Südwestafrika

Der von der Reichsregierung mit General Smuts anlässlich der Zusammenkunft der Generäle zur britischen Reichskonferenz in London erlassene Gedankenausschuss über die Regelung der Frage der Staatsangehörigkeit der im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika vertriebenen Deutschen hat zu einem Ergebnis geführt, das in einem Briefwechsel zwischen dem deutschen Reichsminister und General Smuts enthalten ist. Danach können die Deutschen in Südwestafrika Reichsdeutsche bleiben und schließlich in den südafrikanischen Staatsverband aufgenommen werden. Die deutsche Regierung ist bereit, ihren Einfluss auf viele Deutsche zu machen, um sie zur Annahme des Bürgerrechts der südafrikanischen Union gemäß einem allgemeinen Naturalisationsgesetz der Union zu bewegen und ihnen anzuraten, von dem darin enthaltenen Mehrheitsrecht keinen Gebrauch zu machen. Der erste Punkt des Memorandums bestimmt, daß die Deutschen in Südwestafrika und ihre Nachkommen während der nächsten dreißig Jahre unter keinen Umständen zum Mittelwesten setzen das Deutsche Reich verpflichtet werden dürfen.

### Letzte Meldungen

Rumänische Unzufriedenheit mit Frankreich

Der Bukarester Berichterstatter der „Times“ schreibt zu der bereits gemeldeten Tatsache, daß Rumänien den von der französischen Regierung angebotenen Kredit von 100 Millionen Franken zum Ankauf von militärischen und anderem Material in Frankreich abgelehnt hat, in ähnlichen Kreisen werde erklärt, daß die rumänische Regierung mit der von der französischen Regierung seit einiger Zeit gegenüber Rumänien eingenommenen Haltung unzufrieden sei. Die Stellungnahme von Paris in der beständigen Frage, sowie hinsichtlich der ungarischen Reparationen und wirtschaftlichen Probleme war, wie verstanden wird, mit den zwischen beiden Ländern bestehenden politischen Beziehungen. Die Ablehnung dieser Anleihe müsse daher angesehen werden als eine öffentliche Kundgebung dieses Gefühls der Unzufriedenheit. Man würde aber zu weit gehen, wenn man daraus folgern würde, daß sie zu einer neuen Wendung in der rumänischen Politik führen würde.

\* Serbische Anleihe in Frankreich. Die Stapitina hat das Gesetz über die 300 Millionen frankenmäßige aufgenommen. Der Finanzminister Stojanowitsch führte aus, die Regierung sei geneigt gewesen, sich an Frankreich um eine Anleihe für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes zu wenden. Als Garantie für die Anleihe dienen Monopollizen und Zölle. Die Anleihe wird zu part aufgelegt. Bestellungen werden nur in Frankreich gemacht, jedoch unter der Kontrolle jugoslawischer Organe.

X Freiburg, 28. Jan. Der kleine Sohn des früheren Königs von Sachsen, Kronprinz Georg, will sich dem Priesterstand widmen. Er obdient odenoaktia in St. Peter im Schwarzwald dem Studium der Theologie und wird im Frühling ds. J. die Priesterweihe erhalten.

### Wirtschaftliches und Soziales

Verordnung über die Arbeitszeit

Die im Laufe des November 1923 infolge Art. 131 Abs. 1 Nr. 1 Kraft getretene Demobilisations-Verordnung vom 23. November und 17. Dezember 1918 ist nunmehr von neuem in Kraft treten worden. Die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter beträgt daher nach wie vor grundsätzlich acht Stunden im Tage. Es ist jedoch eine Reihe von Ausnahmen vorzusehen, die es bedingt, daß die wesentliche Regelung ebenfalls fast nur nach ausnahmsweise Bedenken erfolgt. Die wesentliche Ausnahme liegt darin, daß durch Tarifverträge die Arbeitszeit auf mehr als acht Stunden täglich ausgedehnt werden kann. Aber auch soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann auf Antrag des Unternehmens für einzelne Betriebe eine erhöhte Arbeitszeit durch die zuständige Aufsichtsbehörde widerruflich ausgesetzt werden. Weiter dürfen die Arbeitnehmer eines Betriebes nach Anhörung der arbeitsrechtlichen Vertretung über die wesentliche vorerwähnte Höchstarbeitszeit hinaus an dreierlei der Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen im Jahr mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich beschäftigt werden. Ebenso darf die wesentliche Arbeitszeit nach Anhörung der Betriebsvertretung während in gewissen arbeitsrechtlichen Fällen um 1 bis 2 Stunden täglich überschritten werden. Es muß sich dabei handeln um Arbeiten zur Bewachung, Reinigung oder Instandhaltung der Betriebsanlagen, um Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes abhängt, oder um Arbeiten zum Bau und Einbau von Schiffen im Hafen oder auf Eisenbahnwagen. Die Arbeitszeit darf bei ähnlichen unvorhergesehenen Ausnahmen die Höchstgrenze von zehn Stunden täglich nicht überschreiten, es sei denn, daß dies aus dringenden Gründen des Gemeinwohls sich als unbedingt notwendig erweist.

### Städtische Nachrichten

Die Gemeindepolitik der Deutschen Volkspartei

In einer gestern abend im Rathssaal abgehaltenen Mitgliederversammlung des Mannheimer Kreisvereins der Deutschen Volkspartei wurde der Bericht der Kreisverwaltung über die Gemeindepolitik der letzten Jahre eingehend besprochen. Stadtrat Haas, der in Vertretung des verhinderten I. Vorsitzenden, Stadtrat August Ludwig, die Versammlung leitete, gab nach der Begrüßung der Versammlung zunächst dem Vorsitzenden der Bürgervereinsvereine, St. M. Koles, das Wort, der in ungemein gehaltvollen Ausführungen zunächst einen Überblick über den Charakter der Gemeindepolitik und ihren heutigen Stand im allgemeinen und sodann die Einwirkung der Nationalpolitik auf die Mannheimer Gemeindeangelegenheiten einer sehr instruktiven Betrachtung unterzog. Wir werden auf die interessanten Darlegungen, die den im vergangenen Jahre von der Nationalpolitik der Deutschen Volkspartei vertretenen Standpunkt klar und sachlich präzisieren, in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Stadtrat Hartmann, der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, ergänzte die Ausführungen des St. M. Koles, die mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und mit großem Beifall aufgenommen wurden. Da die Verhandlungen des Stadtrats geheim sind, bringt von den schweren Kämpfen, die in diesem Kollegium entbrannt, wenn die politischen und wirtschaftlichen Gegenstände auf den Tisch kommen, nichts in die Öffentlichkeit. Aus den Andeutungen, die Stadtrat Hartmann in dieser Beziehung machte, ging hervor, daß die vier sozialparteilichen Stadträte stets mit Ansehen ihrer Standpunkte vertreten und verurteilt haben, für die Bürgervereine eine wirkliche Arbeit zu leisten. Mit besonderer Genugtuung registrierte Herr Hartmann das Verschwinden des gemischten Ausschusses der städtischen Ausschüsse, dessen Dummheit durch den durchaus in den Angelegenheiten der oberbürgermeisterlichen Verwaltungstätigkeit bewegte. Bei der fröhlichen Würdigung der städtischen Regieretriebe stellte der Redner von neuem die Forderung auf Trennung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerte in drei selbständige Werte mit je einem sachverständigen Leiter auf. Auch die Bildung der Straßenbahnen sei reformbedürftig. Der Stadtrat werde sich in der nächsten Zeit mit dem Vorhaben einer gewissen Veranschaulichung zu beschäftigen haben. Bei dieser Gelegenheit wurde darüber zu entscheiden sein, ob es annehmbar sei, einen Nebenamtler Anger unterzuordnen. Man will nämlich die städtische Straßenbahn mit der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft vereinigen. Herr Hartmann erkannte trotz der Ablehnung gegen das Vorhaben, das aus seinen Worten hervorgeht, andererseits durchaus an, daß der Leiter der D.E.G. sein Geschäft versteht und vor allen Dingen Ruhe und Ordnung in den Betrieb gebracht und eine gewisse Effizienz erzielt hat. Aus der Straßenbahn soll aber nicht in Gemeindebesitz mit der D.E.G. eine vollständig freie Gesellschaft werden. Vielmehr besteht die Möglichkeit, die Stadterwaltung mit der D.E.G. des Monopols zu befreien, damit die Straßenbahn in nächster Zeit wieder in die kommunale Verwaltung zurückgeführt werden kann. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit um 8 auf 9 Stunden ist es möglich gewesen, den Betrieb der Straßenbahn wieder mehr zu vergrößern.

In früheren Jahren war geplant, eine Mitternachtskantine mit dem Herbstfest zu errichten. Infolge der finanziellen Krise der Stadt ist nicht daran zu denken, daß das Projekt in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann. Das Komitee

wären haben unverteilt, zwei von schweren Querschnitten abgeben

geworfen und einer ist.

Die Arbeit ging weiter.

Als Lorenz am anderen Tage wieder antrat, war der Schuttwand bis auf die letzte, aus nachgefügten schweren Blöcken gebildete Schranke abgetragen, aber der Schwenkarm sah jetzt härter als Meißel dazwischen und der Druck von oben war wieder im Wachen. Dort hatte sich festgefahren gelöst und das Belüftungsgrohr aus der Schräglage gedrückt. Die Luft strich nach hinten, aber die Stimmungen schwiegen. Man hatte den Versuch aufgegeben, den verschütteten Nahrung zuzuführen, und ihre Kloppschichten waren immer spärlicher geworden. Der Erdröcher schwappte wieder, und braunem flüchtiger Dampf trieb aus der Höhe.

„Wir müssen sie heute noch herausholen,“ sagte der Baumeister. Er war schon mit der Fortführung der regelmäßigen Arbeiten beschäftigt, hatte eine Bohrt nach Wollenzel gemacht, wo der Kopf des Tunnels rüstig fortschritt, und betrachtete den Unfall als abgehandelt.

„Dort oben hängt's,“ fügte er nach einer Weile hinzu und wies zu der drohenden ausgebauchten Stelle. Das Rohr schien abgeknickt. Ein farrne großer Klumpen schlug herab.

Lorenz Bantiger ging ans Werk. Es gelang, einen Stützbohrer anzubringen und eine Blende einzusetzen. Das Holz knirschte und die Blende bog sich nach kurzer Zeit, aber das Wagnis schaffte. Eine Höhlung tat sich auf und gegen Abend brach die letzte Schicht nach innen.

Eine etelische Dampfwolke entströmte der Öffnung. Aber in der Tiefe war Leben.

Dampfe küßte grüßten des einfallende Licht. Die Retter arbeiteten.

Warte, lauchende Kufe ließen den Tunnel entlang und spargen wie junge Hunde aus dem Berg.

Alles war gut im Ruhe.

Als die Blende an' Wollenzel erweitert war, galt es nur noch die Bretter aus dem Stollen zu holen.

Tragmatiken und Seile waren schon zur Stelle.

Do rüllte sich plötzlich die schwere Eisenblende, die über der Öffnung ausgehängt lag, inatmend zusammen. Der Ton knarrte durch Markt und Bein. Große Klumpen schlugen herab und verflüchteten die Bretter zu fällen. Er festschloß klänge und verflüchtete einen Zimmermann des Berg.

(Fortsetzung folgt)







